

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abbestellstellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postämter 1.00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgergebühren 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Redaktionsgebäude Nr. 4.

XVI. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten - Annahme
Redaktionsgebäude Nr. 4.
Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Samstags von 8 bis 10 Uhr mittags 7 Uhr geöffnet.
Kundsch. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. O., Rudolf Möller, Hasenpfeiffer und Bogler, R. Steiner, C. S. Dautz & Co.
Inseratenpreis: für 1 Spalte 30 Pf. Bei größtem Austragen u. Wiederholung Rabatt.

Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Reiterhagergasse 4 und den Abbestellstellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Was geschieht nun noch?

Nachdem nun vorgestern durch die Stimmen der Nationalliberalen und Conservativen der in der Commission beschlossene Torso der Vereinsgesetznovelle im Abgeordnetenhaus angenommen worden ist, muß die Novelle, da sie in ihrer jetzigen Fassung eine Verfassungsänderung enthält, indem sie den Minderjährigen das „jedem Preußen“ in Artikel 29 gewährte Versammlungsrecht entzieht, nach Artikel 107 der Verfassungsurkunde in einem Zwischenraum von wenigstens 21 Tagen nochmals im Abgeordnetenhaus zur Abstimmung kommen. Artikel 107 der Verfassungsurkunde lautet:

„Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß, genügt.“

Die erforderliche Abstimmung erfolgt nach § 19 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in den Formen der dritten Beratung. Erst wenn also der Gesetzentwurf zweimal vom Abgeordnetenhaus in Einzelabstimmungen und in Gesamtabstimmungen befaßt ist, kann er an das Herrenhaus gelangen. Dasselbe muß ebenfalls zweimalige Abstimmung in einem Zwischenraum von 21 Tagen erfolgen. Erfolgt hierbei im Herrenhaus eine Abänderung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, so muß der Gesetzentwurf nochmals an das Abgeordnetenhaus zurückkehren. Betrifft die Abänderung denjenigen Theil des Gesetzentwurfs, der eine Abänderung der Verfassung enthält, so ist wiederum im Abgeordnetenhaus eine zweimalige Abstimmung in einem Zwischenraum von 21 Tagen erforderlich.

Daraus ergibt sich, daß sich, wie schon gesagt, die Session bis tief in den Juli hinein und noch länger hinaus ausdehnen kann und daß die schließliche Entscheidung über die Vorlage beim über die mit Sicherheit vom Herrenhaus zu erwartenden Änderungen bei der jetzt schon so außerordentlich geringen Differenz zwischen Majorität und Minorität im Abgeordnetenhaus mehr und mehr dem Zufall überlassen ist. Hätten die Nationalliberalen vorgestern gegen den Torso der Vorlage gestimmt, so wäre das Herrenhaus gar nicht mehr in die Lage gekommen, sein reactionäres Licht leuchten zu lassen; es wären dann überhaupt alle diese Klippen und Fährnisse vermieden worden, denen man jetzt noch gegenübersteht. Indessen — wir hoffen trotzdem das Beste. Schade nur um die schöne Zeit, die nun noch geopfert werden muß, und um die Summe von Diäten, die damit dieses beklagenswerthe Gesetzgebungsexperiment noch kostet!

Als Epilog zur dritten Beratung der Vereins-

Um eine Fürstenkrone.

Roman von Reinhold Ortmann.

[Nachdruck verboten.]

2) (Fortsetzung.)

Elftes Kapitel.

„Der Herr Doctor ist augenblicklich in Anspruch genommen, und Sie werden die Güte haben müssen, gnädige Frau, sich für eine kurze Zeit zu gebulden.“

Das war die Antwort, welche der Bureauvorsteher des Rechtsanwalts Hermann Mohrungen der in tiefste Trauer gekleideten Dame, die den Doctor auf der Stelle zu sprechen wünschte, ertheilen mußte, und nach einem secundären Schmunzeln entschloß sich die Besucherin in der That, im Vorzimmer des vielbeschäftigten Anwalts auf den Augenblick ihrer Vorlesung zu warten.

Die Schreiber, welche neugierige Blicke auf die schlanke, vornehme Erscheinung warfen, konnten hinter dem langen, dichten Mittelschleier die Züge ihres Gesichtes nicht erkennen; aber sie sahen doch zwei glänzende, dunkle Augen, die Manchem von ihnen das in Actenstaub und mechanisch ödem Einerlei der Tagesfröhne schier verlorene Herz gar seltsam höher schlagen ließen. Die etwa zehn Minuten öffnete sich die Thür, welche in Mohrungen's Privatjimmert führte, und ein Herr mit dem scharf markirten barockhaften Gesicht eines Schauspielers trat in das Vorzimmer hinaus. Mit höflich stummem Gruß wollte er an der schwarz gekleideten, verschleierte Dame vorübergehen. Da sah auch er die dunkeln, glänzenden Augen hinter den Schleier des feinen Gewebes, und wie unter dem lähmenden Eindruck der gewaltigsten Ueberforderung schaltete sein Fuß am Boden. Seine Lippen bewegten sich, als wolle er einen Namen rufen; aber es kam doch kein Laut aus seinem Munde; und das Zucken seiner Gesichtsmuskeln verrieth, daß es ein Uebermaß von Erregung war, welches ihm die Kehle zusammenpreßte.

Die Dame hatte sich erhoben und einen Schritt gegen die Thür hin gethan, aus welcher Paul Wismar forden gekommen war. Sie mochte er-

novelle geben mir zunächst noch folgende Correspondenz unseres Berliner Mitarbeiters wieder:

„Bis zur Schlußabstimmung war die dritte Beratung der Vereinsnovelle im Abgeordnetenhaus lediglich die Wiederholung der zweiten; alle über die früheren Beschlüsse hinausgehenden Anträge wurden von der bekannten Mehrheit abgelehnt. Bei der Schlußabstimmung selbst aber begannen die Ueberrassungen. Mehrere conservative Blätter haben bis zum letzten Augenblick wiederholt, daß der Torso unannehmbar und der Ausschluß der Minderjährigen aus politischen Versammlungen kein genügendes Aequivalent für die Gestattung der Verbindung politischer Vereine sei. Und jetzt vor der entscheidenden Abstimmung erhebt sich plötzlich der Herr Graf v. Limburg-Stirum, um zu erklären, die conservative Partei stimme für dieses Mal mit ja, um die Vorlage an das Herrenhaus zu bringen und um später ein der Regierung - Vorlage günstigeres Datum zu ermöglichen. Auf diesen taktischen Quersprung war man ja allerdings halbwegs vorbereitet, obgleich im Ernst doch wohl niemand daran glaubt, daß die Nationalliberalen sich in der Zwischenzeit zu den Anträgen v. Zeblich, d. h. zu dem kleinen Socialistengesetz bekehren werden. Auf diesen Eric mußten also auch die Nationalliberalen gestimmt sein, und man hatte, wie bekannt, auch schon früher, wenigstens in der Presse, diesen Fall erörtert. Es hieß, die nationalliberale Partei dürfe in der Schlußabstimmung dem Gesetzentwurf nur dann zur Annahme verhelfen, wenn seitens der Regierung Klipp und klar gesagt werde, man begnüge sich mit diesem Gesetz, da mehr nicht zu erlangen sei und werde im Herrenhaus für die Annahme desselben eintreten. Herr v. d. Reche aber war stumm wie ein Fisch. Man hätte also die Taktik der Conservativen durchkreuzen und gegen einen Gesetzentwurf stimmen müssen, der nur als Vorwand für die staatsretterischen Künste des Herrenhauses dienen soll. Statt dessen stimmten die Nationalliberalen mit den Conservativen und Freiconservativen für den Gesetzentwurf, während das Centrum und die Freisinnigen mit „Nein“ stimmten, weil sie eine weitere Abänderung des bestehenden Gesetzes, als durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes in Artikel 8 bedingt ist, überhaupt nicht wollen.“

Die „Lib. Correspondenz“ bemerkt in der Angelegenheit u. a.:

Eine festfamere parlamentarische Action als diese ist unseres Wissens noch nicht aufgeführt worden. Wie die Regierung selbst zu den jetzigen Beschlüssen steht, hat sie mit keiner Silbe verriethen. Am Ministerstuhl waren zwar die Minister v. d. Reche, Schönstedt, v. Bötticher anwesend, aber sie huldigten offenbar dem Grundsatz: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Da übrigens der Redner der Nationalliberalen, Abg. Sobrecht, erklärte, die Partei wolle der Regierung nicht das Entgegenkommen und die Dienste, die sie nach den Vorgängen im Reich zu erwarten habe, versagen, so hat es fast den Anschein, als erwarte man von dieser Seite, daß die Regierung sich in einem späteren Stadium der Sache mit einer Vorlage innerhalb des Rahmens der heutigen Beschlüsse zufrieden geben werde, obgleich die Session in einem solchen Falle bis in den September hinein dauern würde. — So wird es aber schwerlich kommen!

Fürs erste wird sich das Abgeordnetenhaus

wartet haben, daß er zur Seite treten und ihr den Weg freigeben würde; aber er blieb wie angewurzelt auf demselben Fleck, und der Raum zwischen den Pulten der Schreiber und der Wand des Zimmers war zu schmal, als daß sie trotzdem hätte an ihm vorübergehen können. So standen sie wohl eine Minute lang Auge in Auge, kaum um die Länge eines einzigen Schrittes von einander getrennt, und die Schreiber machten lange Hälse, um zu sehen, wie die merkwürdige Begegnung ausgehen würde.

Aber ihre Erwartungen wurden getäuscht, denn es fiel nicht ein einziges Wort zwischen den Beiden. Als wäre die Erstarrung, in welche das Unerwartete des Zusammentreffens ihn versetzt hatte, endlich gelöst, athmete der Schauspieler plötzlich tief auf, strich sich mit der Hand über die Stirn und machte dann mit einer kurzen Verbeugung der Dame in Trauer Platz zum Weitergehen. Leicht neigte sie das Haupt mit dem Mittelschleier gegen ihn, wie sie es wahrscheinlich mit derselben Bewegung gegen jeden Fremden gethan haben würde; er fühlte, wie die Schleife ihres schwarzen Kleides seine Füße streifte, und er vernahm wenige Sekunden später das Zufallen der Thür, hinter der sie verschwunden war.

„Pflieg diese Dame öfter hierher zu kommen?“ fragte er den Bureauvorsteher. Der aber schüttelte verneinend den Kopf.

„Ich erinnere mich nicht, sie schon einmal gesehen zu haben“, meinte er, „es müßte denn sein, daß sie die nämliche Dame wäre, die einmal vor Monaten noch spät Abends den Herrn Doctor zu sprechen verlangte und ebenfalls ihren Namen nicht nennen wollte. Ich glaube fast, sie an den Augen wieder zu erkennen, aber ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen; denn der dicke Schleier macht es ja unmöglich, etwas von ihrem Gesicht zu sehen.“

Paul Wismar fragte nicht weiter, sondern ging mit stummem Gruß hinaus. Der Bureauvorsteher aber raunte dem ältesten Schreiber zu: „Ich bin ganz sicher, daß ich mich nicht täusche. Solche Augen giebt es nicht allzu oft. Aber ich möchte ihm nicht sagen, daß sie damals in der

nun auch bis zum 22. Juni verlagen, genau wie der Reichstag. Eine Verlängerung der Session um zwei Monate kostet an Diäten allein rund 390 000 Mark.

Die Regierung und der Zoll auf ausländische Heringe.

Dem Reichstage sind eine große Zahl von Petitionen zugegangen, welche sich auf die Einführung eines Zolles auf ausländische frische Heringe, Sprotten etc., beziehungsweise auf die Erhöhung des Zolles für gefasene Heringe, Sprotten etc., beziehen. Dieselben erklären sich theils für einen solchen Zoll, theils gegen denselben. Zu den ersteren gehören die Petitionen einer großen Anzahl von Fischern und Vorständen von Fischerei-Vereinen beziehungsweise Fischer-Innungen der Ost- und Nordsee-Rüste, sowie aus den Stromgebieten des deutschen Binnenlandes — im ganzen 112 an Zahl. Zu den letzteren zählen die Petitionen der Handelskammern in Kiel, Oestermünde, Insterburg, Gildburghausen, Osnabrück und Flensburg, ferner einer großen Zahl von Fischer-Interessenten und Conjointen in Berlin, Hamburg, Altona und anderen Städten Nordwestdeutschlands. Bei den Petitionen der ersten Art handelt es sich vor allem um die Erhaltung des durch die ausländische Concurrenz, wie auch viele andere Umstände angeblich schwerbedrohten Fischerei-Gewerbes, während die Petitionen der zweiten Art sich vorzugsweise auf den Standpunkt der Conjointen stellen und den Zoll als schwer schädigende Vertheuerung eines wichtigen Volks-Ernährungsmittels und Beeinträchtigung der zahlreichen Fisch-Marinanstanstalten, Fischräucherereien und Heringshandlungen bekämpfen. Der Regierungskommissar Dr. Böhm legte in der Petitionscommission des Reichstages den Standpunkt des Bundesrathes in bemerkenswerther Weise wie folgt dar:

Redner führte verschiedene Gründe an, die gegen die Einführung des Zolles sprechen. So lange die inländische Fischerei nicht im Stande sei, den einheimischen Bedarf nur annähernd zu decken, würde als unmittelbare Folge einer Zollerhöhung immer die Belastung des Consums durch eine Preissteigerung um den vermehrten Zollbetrag oder einen Theil desselben wahrscheinlich bleiben. Dies sei aber um so bedenklicher, als es sich dabei gerade um ein für die ärmeren Volksklassen unentbehrliches Nahrungsmittel handle, das namentlich, soweit der Gelfhering in Frage kommt, im Osten und Norden Deutschlands eine Hauptzutat der ländlichen Bevölkerung bildet. Ferner müßte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Zollerhöhung dadurch wirkungslos gemacht würde, daß die Importeure fremder Heringe sich zu einer Herabsetzung der Preise entschließen und damit der inländischen Fischerei den ihr zugesprochenen Zollschutz schmälerten, zumal wenn die Zollerhöhung im Interesse der Conjointen zunächst nur verhältnismäßig niedrig bemessen wäre. Diese Möglichkeit wird selbst von den Befürwortern einer Zollerhöhung nicht in Abrede gestellt. Auch kann einer Zollerhöhung der Hinweis auf die zweifelhafte sehr gezielte Entwicklung der älteren Embener Heringsfischerei in den letzten Jahren entgegengehalten werden, welche sich trotz der anfänglich großen Schwierigkeiten unter der Herrschaft eines Zolles von 3 Mk. vollzogen hat und für dessen Zulänglichkeit zu sprechen scheint. Endlich stehen der Einführung eines Zolles auf frische Fische oder auf die ihnen tarifmäßig gleich stehenden, lediglich zur Erhaltung während des Transports mit Salz bestreuten Fische, außer den Interessen der auf dieses billige Nahrungsmittel angewiesenen Conjointen, die Interessen unserer Fisch-Räuchererei und -Conservefabriken gegenüber. Die hochentwickelten inländischen Anstalten dieser Art an der Ostseeküste, deren Hauptzute u. a. Kiel, Eckernförde,

Schmurgerichtsache hier war, die gegen ihn schwebte. Ich hörte durch die geschlossene Thür einige Brocken von dem Gespräch, das sie mit dem Doctor führte, und ich erinnere mich genau, daß dabei ein paarmal der Name Wismar genannt wurde. Er wäre wohl auch jetzt bei ihrem Anblick nicht so mächtig erschrocken, wenn sie nicht zu der Geschichte in irgend einer Beziehung stände.“

Während sich draußen im Vorzimmer seine Untergebenen noch die Köpfe zerbrachen über den Zusammenhang des Romans, von dem ihnen zufällig ein paar interessante Zeilen zu Gesicht gekommen waren, stand Dr. Hermann Mohrungen mit unterbrochenem Erstaunen der Besucherin gegenüber, die gleich nach ihrem Eintritt den Schleier zurückgeschlagen und ihn jenes feingeschnittene, klassisch schöne Antlitz gezeigt hatte, das ihm von der ersten Begegnung her nur zu lebhaft in der Erinnerung geblieben war.

Raffaella sah, daß seine erste Empfindung diejenige des Erstaunens war, und unverkennbar war eine gewisse Genugthuung, die sich für einen flüchtigen Moment in ihren Zügen ausprägte.

„Ich weiß nicht, ob Sie sich meiner noch erinnern, Herr Doctor“, sagte sie mit weicher, schwermüthig klingender Stimme; „aber ich kann es wohl beinahe annehmen; denn die Umstände, unter denen unsere Lebenswege sich zum ersten Male kreuzten, waren ja von einer Art, die man nicht so bald vergißt.“

„Allerdings, Frau Gräfin“, erwiderte Mohrungen sehr ernst und zurückhaltend. „Aber ich muß gestehen, daß ich gerade um der Bejahung dieser Umstände willen kaum erwartet hatte, Sie noch einmal bei mir zu sehen.“

„Ah, Sie zürnen mir also noch immer, weil ich einen Unglücklichen gerettet habe?“

„Erlauben Sie es mir, auf diese Dinge zurückzukommen. Ich habe weder ein Recht noch einen Grund, Ihnen zu zürnen; doch ich wüßte nicht, womit ich Ihnen nach irgend einer Richtung hin zu dienen vermöchte.“

„Das heißt, Sie weisen mich ab, noch ehe Sie

Barth, Straßund und Greifswald sind, können anscheinend das ausländische Material, namentlich den ihnen im angeführten Zustande zugehenden schwedischen Hering, nicht entbehren. Die Einfuhr desselben erfolgt außerdem gerade in den Wintermonaten, wo die einheimische Fischerei nur geringe Erträge liefert oder ganz ruht, und ergänzt somit den Bedarf der Räucherereien etc. in geeigneter Weise. Würde durch eine Zollbelastung der Betrieb dieser Anstalten erschwert oder eingeschränkt, so wäre ein Rückschlag auf unsere Fischer selbst wahrscheinlich, welche für den Absatz ihres eigenen Fanges daran interessiert sind, daß die Räucherereien und Conservefabriken ihren Betrieb in vollem Umfang aufrecht erhalten.“

Die Commission beschloß darauf, die Petitionen dem Reichshaus als Material zu überweisen.

Politische Tageschau.

Danzig, 1. Juni.

Abgeordnetenhaus.

Aus der Beratung über die Vereinsgesetznovelle im Abgeordnetenhaus (cf. Bericht in der gestrigen Nummer) sei noch erwähnt, daß bei der Abstimmung über den Antrag Zeblich der nationalliberale Abg. Buech fehlte; er hatte sich „abgepaart“. Der nationalliberale Abg. Schwendebach, welcher am Freitag gefehlt hatte, war anwesend, enthielt sich aber der Abstimmung. Abg. Gerlich-Schwef (freiconf.), welcher ebenfalls am Freitag gefehlt hatte, votirte für den Antrag Zeblich.

Das Haus beschäftigte sich darauf noch mit der Landgemeindeordnung für Hessen-Nassau, welche das Herrenhaus im § 45 dahin geändert hat, daß auch die Gemeinden über 500 Seelen dem collegialen Ortsvorstand nicht eo ipso durch Gesetz erhalten, sondern nur auf dem Wege eines genehmigungspflichtigen Ortsstatuts. Ungeachtet des Widerspruchs des Ministers v. d. Reche wurde ein Antrag des Abg. Rothaus (nat.-lib.) auf Wiederherstellung der Fassung des Abgeordnetenhauses mit 205 (Linke, Centrum, Polen) gegen 188 Stimmen angenommen.

Dienstag stehen Petitionen auf der Tagesordnung.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus nahm Montag unverändert den Gesetzentwurf betreffend die Tagesgelder und Reisekosten der Staatsbeamten, ebenso denjenigen betreffend den Erwerb der Aachen-Maffrichter Eisenbahn an und lehnte den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf, respectio den Antrag Langerhans betreffend die Aufhebung der Visitations- und Confiscationsordnung vom Jahre 1573 über die Verpachtung der bürgerlichen Gemeinden bezüglich der Kirchenbauten ab.

Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Der Vorstoß gegen die kaufmännischen Corporationen.

In die letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Handelskammergesetz ist durch den von agrarisch-junkerlicher Seite gemachten Vorstoß zur Aufhebung der bestehenden kaufmännischen Corporationen unerwartet eine große Streitfrage hineingetragen worden. Der vorjährige Gesetzentwurf des Ministers v. Berlepsch wollte für das gesamte Gebiet des preussischen Staates obligatorische Handelskammern einführen und deshalb auch dem Minister gesetzlich die Vollmacht beilegen, die bestehenden acht Corporationen (Berlin, Stettin, Danzig, Königsberg, Magdeburg

mich mit meinem Anliegen überhaupt haben zu Worte kommen lassen? Denn ein Anliegen ist es in der That, das mich zu Ihnen führt. Ich habe in einer Sache, die für mich noch die einzige wichtige auf Erden ist, alle meine Hoffnungen auf Sie gesetzt, und ich meine, schon aus Ritterlichkeit sollten Sie mich wenigstens anhören, bevor Sie mir Ihren Beistand verweigern.“

So demüthig und zugleich so süß einschmeichelnd klang wieder jedes ihrer Worte, mit so heißer Bereitbarkeit unterstützten die schwarzen Augen die Sprache ihrer Lippen, daß Hermann Mohrungen seine ganze Willenskraft aufbieten mußte, um in seiner kühl ablehnenden Haltung zu verharren.

„Es ist unmöglich, daß Sie gerade auf meinen Beistand angewiesen sein sollten, Frau Gräfin“, sagte er. „Wenn es sich, wie ich vermuthet, um einen juristischen Rath oder um Ihre Vertretung in einem Rechtsstreit handelt, werden Sie unter der großen Zahl meiner Collegen ohne jede Schwierigkeit jemand finden, der Ihre Interessen mit demselben Eifer und demselben Geschick wahrnimmt, die ich dafür aufzubieten vermöchte. Viele werden es sich ungewissheit zur höchsten Ehre anrechnen, mit Ihrem Vertrauen bedacht zu werden; was also könnte sie veranlassen, dasselbe gerade mir zuzuwenden, mir, dessen bloßer Anblick die peinlichsten Erinnerungen in Ihnen wachrufen müßte?“

„Erlauben Sie mir, Ihnen die Antwort auf diese Frage etwas später zu geben. Vielleicht wissen Sie nicht, daß ich seit einigen Monaten den Tod meines Vaters zu betrauern habe?“

„Ich hörte davon, Frau Gräfin, und ich spreche Ihnen mein Beileid aus an dem schweren Verlust, von welchem Sie betroffen haben.“

„Ich danke Ihnen! Aber das ist doch nur eine höfliche Redensart — nicht wahr? Denn wenn Sie wirklich etwas mit Mitleid für mich hätten, so würden Sie mich nicht an Ihre Collegen verweisen, die pflegen Sie häufig die Mandate abzulehnen, die man Ihnen anbietet?“

„Ich leugne nicht, daß ich bisher nur ein ein-

u. f. w.), welche, obwohl sie auf freiwilligem Be-
tritte beruhen, nach dem bestehenden Gesetz staat-
lich anerkannte Organe der Interessensvertretung
sind, zwangsweise in Handelskammern umzu-
wandeln. Der damalige Entwurf stieß aber auf
den Widerspruch der großen Mehrheit des Hauses.
Die Regierung hat sich deshalb in der Vorlage
dieses Jahres darauf beschränkt, nur einzelne
Reformen, insbesondere eine neue gesetzliche Fest-
stellung des Besteuerungsrechtes der Handels-
kammern und die Vereinfachung des Rechtes einer
juristischen Persönlichkeit an dieselben zu bean-
tragen. Bei der ersten Lesung im Plenum und bei
den Commissionsberatungen ist man denn auch
von keiner Seite auf den Gedanken einer allge-
meinen Zwangsorganisation zurückgekommen.
Dagegen wurde bei der zweiten Lesung im Plenum
soll plötzlich von einzelnen Mitgliedern des
Centrums und der conservativen Partei, welche
den Verhältnissen in den beteiligten großen
Handelsplätzen völlig fernstehen, der Antrag ge-
stellt, daß diese freien Corporationen zwangsweise
in Handelskammern umgewandelt werden sollten,
wenn die Mehrheit der in das Handelsregister
eingetragenen Gewerbetreibenden dies verlange.
Demnach sollten freie Vereinigungen, die die
Interessen ihrer Bezirke stets wahrzunehmen
und die wichtigsten Einrichtungen für Handel,
Industrie und Schifffahrt hergestellt haben, in
Zwangsorganisationen umgewandelt werden.
Für die dritte Lesung warfen dieselben Abge-
ordneten ihren Antrag, der in zweiter Lesung
angenommen war, plötzlich selbst wieder um,
indem sie Anträge stellten, nach welchen der
Handelsminister befugt sein sollte, die angestrebte
zwangsweise Umwandlung vorzunehmen, zugleich
aber selbst gezwungen sein sollte, dies spätestens
nach zwei Jahren zu thun.

Die parlamentarische Behandlung, welche diese
ganze Angelegenheit seitens derjenigen Abge-
ordneten erfuhr, die den freien Corporationen
auf irgend eine Weise zu Gunsten von Zwangs-
organisationen ein Ende machen wollten, verdient
eine besondere Beleuchtung. Als am 25. Mai in
der zweiten Lesung der Vorlage der erste Antrag
zur Debatte und Abstimmung kam, waren die
Vorstände der Corporationen noch gar nicht in
der Lage gewesen, diesen Antrag genau kennen
zu lernen, geschweige denn ihre Stimme dagegen
zu erheben. Trotzdem wurde der Antrag von
einer agrarisch-junkertlichen Mehrheit kurzer
Hand angenommen. Begreiflicherweise machten
sich diese Vorstände, sobald sie am 26. Mai
Kenntnis von diesem Beschlusse erhalten hatten,
an die Ausarbeitung von Petitionen. Die Berliner
Aktionen erreichten es, bereits am 29. Mai, als
die dritte Lesung auf der Tagesordnung stand,
jedem Abgeordneten ein gedrucktes Exemplar
ihrer Petition auf das Pult legen zu lassen; von
außerhalb waren schriftliche Petitionen einge-
gangen. Aber inzwischen war bereits am vorher-
gehenden Tage Abends von denselben Abgeor-
deten der zweite Antrag gestellt, welcher wiederum
auf ganz andere Weise die Corporationen be-
seitigen wollte. Nur auf telegraphische Ueber-
mittlung der ganzen Anträge hin konnten noch
die Vorstände von Stettin, Danzig und Königs-
berg bis zum Mittag ebenfalls telegraphisch ihren
Einpruch gegen ein solches Verfahren einlegen.

Umweltelhaft hat das ganze Verfahren der An-
tragstellung, wirksam beleuchtet von den Abgeor-
deten Brömel, Ehlers, Ehlers, Richter und Müller,
wesentlich dazu beigetragen, daß sich auf allen
Seiten immer mehr die Ueberzeugung verbreitete,
das Haus würde eine große Ueberzeugung begehren,
wenn es in dieser Frage ohne nähere Kenntnis
der tatsächlichen Verhältnisse eine neue Zwangs-
bestimmung in das Gesetz einfügen wollte.
Schließlich haben die Herren, um nicht eine
clatante Niederlage zu erleiden, sich genötigt,
ihren Antrag zurückzuziehen. Das Schlussergebnis
war, daß der Beschluß am 25. Mai annulliert, die
Vorlage, welche den gesetzlichen Fortbestand der
Corporationen aufs neue bestätigt, angenommen
und nur noch — in sehr abgeschwächter Form —
eine Resolution hinzugefügt wurde, welche für die
Corporationen eine größere Beteiligung von
Industriellen und mittleren Gewerbetreibenden
empfehlte.

Der Vorstoß gegen die freien kaufmännischen
Corporationen ist also im Abgeordnetenhaus
gründlich abgeschlagen worden. Dieses Ergebnis
ist jedenfalls mit Genugthuung zu begrüßen. Es
darf aber nicht vergessen werden, daß auch im
Herrenhaus, an welches die Vorlage jetzt geht,
eine starke agrarisch-junkertliche Mehrheit besteht.
Die Gegner der Zwangsorganisationen, vor allem
die Vertreter der beteiligten Handelsplätze,

zuges Mal in diese Nothwendigkeit versetzt worden
sind.

„Und aus welchem Grunde thaten Sie es da?“
„Ich sollte die Ansprüche eines Wucherers gegen
sein von ihm zu Grunde gerichteten Opfer ver-
theiligen, und trotz ihrer formellen Berechtigung
mußte mir mein Ehrgefühl verbieten, einen solchen
Henkersdienst zu übernehmen.“

„Mit einem Menschen dieser Art also stellen
Sie mich auf die nämliche Stufe? Auch diesmal
ist es doch wohl Ihr Ehrgefühl, das Ihnen nicht
gestattet, sich zu meinem Sachwalter zu machen?“

„Ja, Frau Gräfin, es ist das Gebot meiner
Ehrenhaftigkeit, dem ich gehorchen muß. Noch
einmal rufe ich Ihnen zu, zu einem anderen An-
walt zu gehen — zu einem, der nichts von Ihrem
Eide in dem Prozeß Wismar und nichts von der
Rolle weiß, welche Sie in diesem Prozeß freiwillig
übernommen haben.“

„Und wenn ich Ihnen nun sage, daß es sich
gar nicht um mich und um meinen Vortheil
handelt, daß ich Ihr Wissen, Ihren Eifer, Ihre
Gerechtigkeitgefühl anrufen wollte für ein armes,
hilfsloses Wesen, gegen das man mit der brutalen
Gewalt des Stärkeren empörendes Unrecht verübt?
Denn ich mich trotz des harten Verdammungs-
urtheils in Ihren letzten Worten so weit erniedrige,
Ihnen zu sagen, daß ich zu keinem lebenden Menschen
so blindes, uneingeschränktes Vertrauen habe, als
zu Ihnen, wenn ich ungeachtet Ihrer schroffen
Ablehnung, die jede andere Frau tödlich be-
leidigt haben würde, noch einmal von ganzem
Herzen bitte: Seien Sie der Beschützer und Ver-
theidiger meines Kindes! — werden Sie sich auch
dann noch weigern, mich wenigstens anzuhören?“

Ohne ihr in's Gesicht zu sehen, deutete Moh-
rungen auf einen Stuhl. „Ich bitte Sie, Platz
zu nehmen, Frau Gräfin, und mir Ihre Sache
vorzutragen. Aber ich betone, daß ich damit eine
Zusage, Ihre Vertretung zu übernehmen, noch
nicht gemacht haben will.“ (Fortf. folgt.)

werden deshalb gut thun, bei der Entscheidung
über die Vorlage im Herrenhause unter allen
Umständen auf dem Platze zu sein.

„Gefunde Reaction“ auf dem Börse- gebiet?

Die „Dtsch. Tagesztg.“ ist natürlich sehr zu-
frieden damit, daß die Conferenzen zwischen den
Vertretern der Berliner Kaufmannschaft und den-
jenigen der Landwirthschaftskammer für die
Provinz Brandenburg resultatlos geblieben ist,
weniger aber damit, daß der Oberpräsident eine
neue Conferenz berufen will und daß er es den
Vertretern der Landwirthschaft überlassen hat,
die Bestimmung des Landwirthschaftskammer-
gesetzes als maßgebend zu verstehen. Was wird
das Organ des Herrn v. Bismarck erst sagen, wenn
es erfährt, daß die Landwirthe der Provinz Sachsen
über den Kopf der sächsischen Landwirthschafts-
kammer hinweg den Vorstand des Magdeburger
„Bereins für Getreidehandel“ gebeten haben, doch
nur ja die Coursnotirungen wieder aufzunehmen,
da die Landwirthe der Provinz dieselben nicht
entbehren können! Die sächsischen Landwirthe
haben sogar die Anklagen des Herrn v. Mendel-
Steinfels u. f. w. gegen die frühere Magdeburger
Producentenbörse ausdrücklich desavouirt. Auf dem
Gebiete des Börsewesens scheint sich allmählich
so etwas herauszubilden, was der Herr Minister
v. B. Recke neulich im Abgeordnetenhaus als eine
„gesunde Reaction“ charakterisirte. Mit dem
Nachen auf den Buchstaben des Börsegesetzes
werden die Herren unter diesen Umständen keinen
Erfolg haben.

Die Chancen der Handwerksvorlage.

Obwohl die Handwerksvorlage nach Ueber-
windung großer Schwierigkeiten die zweite Lesung
glücklich passiert hat, steht es keineswegs fest, daß
sie noch in dieser Session unter Daß und Fach
kommt. Abgesehen davon, daß beim Wieder-
zukommen des Reichstages die warme Jahres-
zeit auf die Präsenz des Hauses einen ungünstigen
Einfluß ausüben dürfte, fragt es sich, ob bei der
Schlußabstimmung über das ganze Gesetz eine
sichere Majorität für dasselbe vorhanden sein wird.
Die Antisemiten werden, das geht aus den von
ihnen abgegebenen Erklärungen klar hervor, das
Gesetz ablehnen, die Polen sind mindestens als
unsichere Cantionisten anzusehen. Die „Deutsche
Tageszeitung“ hat die Vorlage, so wie sie durch
die zweite Lesung gestaltet ist, für vollkommen
unannehmbar erklärt. Man darf hiernach an-
nehmen, daß Herr v. Bismarck und seine näheren
Freunde gegen das Gesetz votiren werden.
Selbst im Centrum finden sich dissentie-
rende Elemente. In der „Sächsischen Volks-
zeitung“ war zu lesen, in Centrumskreisen
habe es große Entrüstung hervorgerufen, daß
bei der letzten namentlichen Abstimmung am
25. Mai der Abg. Meißner, obwohl er im Hause
anwesend war, nicht mitstimmte. Während der
Abstimmung habe er im Restaurationsaal ge-
sessen, und obgleich er darauf aufmerksam ge-
macht worden, daß die Beschlußfähigkeit von
einer einzigen Stimme abhängen könne und daß
es seine Pflicht als Abgeordneter sei, an der
Abstimmung sich zu betheiligen, wenn auch nur
durch offizielle Erklärung der Stimmenthaltung,
sei er nicht zu bewegen gewesen, zur Abstimmung
in den Sitzungssaal zu kommen. — Wird Herr
Meißner der einzige Centrumsmann sein, der
seiner Unzufriedenheit über die Beschlußweise
Leitung in dieser Weise Ausdruck giebt? Aus dem
Vorstehenden ist jedenfalls zu entnehmen, daß
mit einer imponirenden Mehrheit das Gesetz
schwerlich zu Stande kommen wird.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Juni. Heute fand bei herrlichstem
Wetter eine große Frühjahrsparade unter dem
Bundzuge einer tausendköpfigen Menschenmenge
statt. Der Kaiser war in Generalsuniform, die
Kaiserin in weißem Reitschmuck.

Dr. Peters zulässig? Ueber diese Frage, die am
27. April im Reichstage erörtert wurde, bietet
Professor Dr. R. v. Hippel in Rostock unter dem
Titel „Zur Auslegung des § 4 Nr. 3 des Reichs-
strafgesetzbuches“ in der „Zur. Wochenschr.“ eine
beachtenswerthe juristische Besprechung. Von der
Annahme ausgehend, daß das Allmählichar-
Gebiet Ausland im Sinne des § 4 des Straf-
gesetzbuchs sei, prüft v. Hippel generell die Frage,
ob der § 4 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs, wonach
verfolgt werden kann

„ein Deutscher, welcher im Auslande eine Hand-
lung begangen hat, die nach den Gesetzen des
deutschen Reichs als Verbrechen oder Vergehen
anzusehen und durch die Gesetze des Ortes, an
welchem sie begangen wurde, mit Strafe be-
droht ist“

auch anwendbar ist, wenn ein Deutscher im Aus-
lande ein Verbrechen oder Vergehen begangen
hat an einem Orte, an welchem überhaupt kein
oder wenigstens kein civilisiertes Strafrecht gilt.
v. Hippel gelangt in Uebereinstimmung mit Schäfer
und den Commentatoren von Oppenhof und
Olshausen zu einer Verneinung der aufgeworfenen
Frage mit der Begründung, daß die bloßen
rechtlichen Anschauungen und Gebrauche der Wilden
keine Gesetze im Sinne des § 4 seien und unsere
Strafrechtspflege nicht von dem Rechte uncivilisierter
Völker abhängig sein dürfe. De lege ferenda
bedauert v. Hippel, daß damit die Straflosigkeit
der in Gebieten ohne civilisiertes Strafrecht be-
gangenen Delikte gegeben sei, und hofft, daß in
dieser Beziehung die Reichstagsitzung vom
27. April 1897 den Boden für eine gesetzgeberische
Reform bereitet habe.

* [Fehr. v. Stumm] hat sich bei seinen An-
griffen auf die Rathedersocialisten und besonders
auf Schmoller in der Freitag-Sitzung des Herren-
hauses zu Unrecht auf Heinrich v. Treitschke be-
ruhen. In dieser Angelegenheit wird der „Doff-
Ztg.“ geschrieben:

Herr v. Stumm hat wahrscheinlich an die alte
Fehde gedacht, die Mitte der sechziger Jahre
zwischen v. Treitschke und Schmoller bestand hat.
Ihm scheint es entgangen zu sein, daß v. Treitschke
auf einem Commers, den die Berliner Studenten-
schaft im Jahre 1894 zu Ehren von Schmoller
und Wagner veranstaltete (die Veranstaltung des
Commerses war eine Folge von Angriffen des
Herrn v. Stumm auf Wagner und Schmoller im
Reichstage), unter starker Anspielung auf die vorher-
gegangenen Ereignisse sich ungefähr äußerte:
„Kommt da ein Millionär, der zufällig Reichstags-
abgeordneter ist, und will über Sachen reden,
die er nicht versteht, so kann man ihm nur an-

worten: Schuster, bleib bei deinem Leisten.“ Die
Berufung auf Treitschke bleibt also für Herrn
v. Stumm sehr problematisch.

* [Ueber das geschäftliche Tiasco der Arbeiter-
Glashütte von Albi] berichten die „Berl. Polit.
Nachr.“: Am 30. Dezember v. Js. eröffnet, ge-
rieth das von der socialdemokratischen Presse als
der Beginn einer neuen Aera des genossenschaft-
lichen Fabrikbetriebes angekündigte Unternehmen
schon sehr bald in derartige finanzielle Bedräng-
nisse, daß es für mehrere Monate mit den
Arbeitslöhnen rückständig wurde und zuletzt den
Genossen eine derart monströse Fabrikordnung
auferlegte, daß wer es nur irgend konnte, dem
vermeintlichen Arbeiter-Edorado den Rücken
kehrte, wobei die Ausscheidenden in einem öffent-
lichen Anschläge erklärten, sie müßten so handeln,
wenn sie nicht mit Weib und Kind vor Hunger
„krepiren“ (!) wollten. Die Schuld an dem Zu-
sammenbrechen des Unternehmens wird von den
Leuten den „Genossen“ zur Last gelegt, die sich
von vornherein der Leitung bemächtigten und
jeden, der nicht blindlings gehorchte, als „ver-
dächtig“ denuncirten und ihm den Stuhl vor die
Thüre setzten. Wie die Herren Directions- und
Verwaltungsrathmitglieder wirtschafteten, er-
hellte aus der Thatfache, daß das Eröffnung-
kapital von 500 000 Francs gänzlich ausgegeben
ist, Schulden auf Schulden gehäuft sind, die
Fabrik noch nicht fertig gestellt und die Arbeiter-
frauen zum Betteln genöthigt sind, indeß die
geschäftsführenden Genossen sich nichts abgehen
ließen.

Prozeß v. Lauch.

Berlin, 31. Mai.

Nach dem Zeugen Philippsohn (cf. unsere
gestrige Nummer) wurde der Zeuge General-
secretär Baech vernommen.

Baech stellt dem Angeklagten v. Lauch ein gutes
Eumundzeugniß aus und macht Mittheilung über die
verschiedenen Beziehungen der „Politischen Nach-
richten“ zu dem Centralverband der Industriellen.
Polizeipräsident Windheim legt die Einrichtungen
der politischen Polizei dar. Den Criminalcommissaren
ist ein weiterer Spielraum gelassen. Ich glaube, Lauch
war nicht verpflichtet, den Fall Aukuhf mir anzu-
zeigen. Wäre dies aber geschehen, so wäre dies ein
Act der eigenen Sicherheit des Commissars gewesen.
Von einer Verhinderung des Artikels des „Berl. Tagebl.“
ist zwischen mir und Lauch keine Rede gewesen.
Dem Artikel wurde keine besondere Bedeutung beige-
messsen. Warum ich dem Minister v. Köller keine
Mittheilung über die Beauftragung Lauchs durch das
Kriegsministerium machte, kann ich nicht mehr angeben.
Lauch ist jedenfalls in dieser Beziehung schuldig.
Nach einer ausführlichen Behandlung des guten Eu-
mundes von Lauch erklärt der Polizeipräsident v. Wind-
heim, von der Aukuhfquittung erst in der Haupt-
verhandlung des Lauch-Prozesses Kenntniß erhalten
zu haben.

Rechtsanwalt Lubzynski findet, daß die letzte Be-
merkung des Polizeipräsidenten widersprechend sei mit
den Äußerungen des Oberstaatsanwalts im Prozeß
Cechert. Er erbittet Aufklärung.

Oberstaatsanwalt Drescher weist dies als Provocation
zurück.

Polizeipräsident v. Windheim: Ich bin allerdings
der Ansicht gewesen, der Artikel Cecherts sei nicht
völlig aus den Fingern gezogen gewesen.

Rechtsanwalt Lubzynski kündigt an, er werde im
Plaidoyer anführen, die Polizei bediene sich für ihre
Zwecke auch gefälschter Briefe. Der Journalist Wede-
kind habe solchen gefälschten Brief erhalten, um ihn
zur Ueberlassung eines Exemplares seiner Correspon-
denz zu veranlassen.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich nehme an, daß der
Herr Verteidiger diese Angelegenheit nur heranzieht,
um Sensation zu erregen, da doch mit demselben ver-
einbart ist, dieses jeder politischen Bedeutung ent-
behrenden Vorganges keine Erwähnung zu thun.

Rechtsanwalt Lubzynski protestirt erregt.

Präsident Köhler droht mit einer Ordnungsstrafe.

Rechtsanwalt Gello erklärt, jetzt ein actuelles
Interesse an der Sache zu haben, worauf Angeklagter
v. Lauch die Angelegenheit mittheilt.

Nach einer Controverse mit dem Oberstaatsanwalt
Drescher erklärt sodann Rechtsanwalt Lubzynski,
daß er die Vertbeidigung niederlege, und verläßt den
Saal.

Es wird eine Pause gemacht. Nach der Wiederauf-
nahme der Sitzung erklärt der Präsident Köhler:
Nachdem mir die Gründe bekannt geworden sind, die
Herrn Rechtsanwalt Lubzynski zur Mandatsnieder-
legung veranlaßt haben, nehme ich keinen Anstand zu
erklären, daß, wenn mir diese Gründe vorher bekannt
gewesen wären, ich nicht Anlaß gehabt hätte, sein
Vorgehen als ein bedauerliches zu bezeichnen.

Oberstaatsanwalt Drescher hält den Vorwurf, daß
Rechtsanwalt Lubzynski die Wedekind'sche Angelegen-
heit nur aus Sensationstust vorgebracht habe, nicht
mehr aufrecht.

Daraufhin übernimmt Rechtsanwalt Lubzynski
wieder die Vertbeidigung.

Redacteur Fink: Ich habe niemals beabsichtigt, wie
Lauch angegeben hat, mit Lüchow eine Correspondenz
zu begründen. Lüchow hat mich nur gefragt, ob ich
nicht einen beschäftigungslosen Journalisten kenne, mit
dem er sich zur Herausgabe einer Correspondenz ver-
binden könne.

Geheimrath Muhl theilt die Ansichten Windheims
betreffs der von Cechert in die Presse lancirten Artikel.
Auch ich bin von Lauch erzählt worden, mir den
Cechert einmal anzusehen. Dabei sagte Lauch: „Und
dieser grüne Junge will von dem Staatssecretär Frhrn.
v. Marshall empfangen worden sein.“

Präsident Köhler: Dies war am 10. Oktober. Es
ist daher auffällig, wenn Lauch am 21. Oktober gegen-
über dem Chefredacteur Lepohn positiv behauptet
haben soll, Cechert sei vom Staatssecretär Frhrn.
v. Marshall empfangen worden. Von dem Polizei-
präsidenten beauftragt, hat Herr Geheimrath Muhl
den Angeklagten v. Lauch über die Mittheilungen an
Dr. Lepohn befragt. Lauch bestritt dabei sehr
entschieden, gesagt zu haben, daß Cechert im Aus-
wärtigen Amt empfangen sei.

Geheimrath Muhl sagt für v. Lauch im weiteren
nicht ungünstig aus, nur ist bei seinen Berichten manch-
mal zweifelhaft, was Schlussfolgerungen, was That-
sachen sind. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß
Personalacten über die Polizeigenten nicht geführt
werden und deren Quittungen nur eine Zeit lang von
dem Vorstehenden aufbewahrt werden. Auf eine weitere
Frage erklärt der Zeuge, daß v. Lauch ihm gegenüber
geäußert habe, der Prozeß Cechert gehe eigentlich gegen
ihn, er habe sich aber gefreut, daß der Prozeß Klar-
heit schaffen werde.

Polizeidirector Eckardt bekundet: Ich erhielt im
Dezember 1894 einen „von Salitz“ unterzeichneten
Brief, in dem mir der Unterzeichnete seine Dienste an-
bot. Salitz entpuppte sich als der Angeklagte v. Lüchow,
mit dem ich aber keine Verbindungen weiter anknüpfte.
Der Zeuge wünscht alsdann Auskunft, weshalb v. Lauch
ihn gegenüber dem Oberlieutenant Gabel als einen
Menschen schilberte, der zu allen Schlechtigkeiten fähig sei.

v. Lauch: Ich habe nur gesagt, Eckardt sei die
rechte Hand des Ministers des Innern.
Wachmeister Beck giebt mehrere Einzelheiten über
die Verhaftung v. Lüchows an. Ich hatte den Ein-
druck, daß v. Lüchow deshalb verhaftet werde, damit
der Verhaftete Cechert nicht merke, daß v. Lüchow ihn
denuncirt habe. Die Aussage ist nur oberflächlich
gesehen, weil Beck annahm, daß v. Lüchow bald

wieder freikomme. Ich habe niemals wahrgenommen,
daß v. Lauch ein „alltägiges Intriguenspiel treibt.“
Cechert sa. Conrad. „Ich weiß nicht, woher mein
Sohn die Informationen zu den Artikeln in der
„Welt am Montag“ erhalten hat.“

Der aus dem Gefängniß vorgeführte Zeuge Heinrich
Cechert erklärt: Lüchow hat mir die beiden Artikel
zur Unterbringung in die Presse gegeben und mir
später erzählt, er habe im Auftrage desselben Herrn,
der ihm das Material zu den Artikeln lieferte, die
anonyme Karte an den Kriegsminister schreiben müssen.

v. Lüchow hebt hervor, die Artikel enthielten In-
formationen, von denen er die Hälfte von Lauch er-
halten habe. Es ist richtig, daß ich Cechert gegenüber
niemals Lauch als Gewährsmann genannt habe.

Staatsanwalt Eger bemerkt: Die Anklagebehörde
glaubt nicht, daß Lauch die Artikel inspirirt hat.
Cechert bekundet sodann, daß Lüchow ihm die Artikel
über Köhlemann und die Anarchistenreicherei mit dem
Bemerkhen übergab, daß sie von einem hohen Polizei-
beamten herrührten.

v. Lüchow bleibt dabei, daß die Angaben zu dem
Artikel auf Mittheilungen v. Lauchs beruhen.
v. Lauch erwidert: Den Köhlemann-Artikel konnte
ich schon deshalb nicht inspirirt haben, weil ich die
darin enthaltenen Einzelheiten nicht gekannt habe.

v. Lüchow: Auch das Material zu dem Artikel über
den Erbst des Generals Freiherrn v. Cöe habe ich
von Lauch, welcher sich bei militärischen Dingen immer
auf den Oberlieutenant Gabel berief, erhalten.

v. Lauch bestrittet das entziehen.
Derfelbe Zweifelpalt zwischen den beiden Angeklagten
zeigt sich bei der Behauptung v. Lüchows, daß die auf
den Kronrath in Subertusloß bezügliche Notiz von
v. Lauch herrühre.

Präsident Köhler fragt Cechert über die In-
formationen zu dem Artikel bei der Lauchfalschung.
Cechert erklärt: Ich gab mein Wort, den Namen
nicht zu nennen, und werde mein Wort halten.

Auf eine Anfrage des Rechtsanwaltes Lubzynski
erklärt Cechert, mit dem Artikel über den Kronrath
in Subertusloß steht v. Lauch nicht in Verbindung.
Auf eine Frage des Präsidenten, wer Cechert gesagt,
daß der Jarentoast vom Grafen Eulenburg gefälscht
sei, erklärt Cechert, daß der Jarentoast auf diese Weise
gefälscht, sei ihm nie gesagt worden, auch der Name
des Grafen Eulenburg sei nie genannt worden.

Präsident Köhler fragt nochmals, ob Cechert sich
nicht entschließen könne, offen zu sagen, daß er selbst
seine Quelle sei.

Cechert erklärt: Dann würde ich einen Meineid
leisten.

Cechert wird hierauf in eine Geldstrafe von 30 Mk.
genommen.

Alsdann wurde die Sitzung auf morgen vertagt.
Nach den Dispositionen des Vorsitzenden soll
der Prozeß am Mittwoch Abend oder Donner-
stag zu Ende gehen.

Berlin, 1. Juni.

Es wurde in der Zeugenvernehmung fortge-
fahren.

Legationsrath Hamann sagt aus, er sei zuerst im
Sommer 1895 mit Lauch in persönliche Berührung
gekommen, wobei derselbe ein Manuscript mit
groben Angriffen gegen Kaiser und Reich zur
Prüfung der Handchrift vorlegte. Zeuge macht
sodann ausführliche Mittheilungen über die publicistische
Thätigkeit Normann-Schumanns, welcher über dem
Gesundheitszustand des Kaisers, die Vermögensver-
hältnisse Caprivi etc. Artikel an die Pariser
und Brüsseler Presse lancirte. Schumann habe
ihm versichert, er sei in der Lage, sofort zu er-
fahren, wenn irgend etwas gegen ihn unternommen
werden sollte. Legationsrath Hamann meint, was ihm
gelungen sei, über die Thätigkeit Normann-Schumanns
festzustellen, hätte Lauch schon vor 3 Jahren gelingen müssen.
Im Ubrigen habe der Zeuge keinen Anhalt dafür, daß Lauch
Normann-Schumann gefälscht in Schuß genommen
habe. Der frühere Verleger des „Deutschen Tage-
blattes“, Eucharth, habe ihm mitgetheilt, Lauch
habe geäußert, Caprivi müsse fort und Graf Waldersee
an seine Stelle kommen. Das jetzige Regierungssystem
sei der Entwicklung des deutschen Reiches nicht günstig.

Von der Marine.

Berlin, 31. Mai. Die „Berl. Politischen
Nachr.“ schreiben: Die Schiffe des Panzer-
geschwaders werden, wie uns aus Kiel gemeldet
wird, in der Zeit vom 31. Mai bis zum 5. Juni
außerhalb des Hafens mehrere Tage im Uebungs-
schießen mit Geschützen nach vom Aviso geschleppten
Scheiben abhalten. In der Woche nach Pfingsten
finden die Vorbereitungen für die Inspicirung
durch den commandirenden Admiral statt und
bleiben die Schiffe dazu im Hafen oder machen
nur kleinere Fahrten in der Kieler Bucht. Die
Inspicirung fällt dann die nächste Woche aus,
während welcher Prinz Heinrich mit dem
„König Wilhelm“ das Geschwader verläßt, um
an den Jubiläumsfestlichkeiten in England Theil
zu nehmen.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 1. Juni.

Wetterausichten für Mittwoch, 2. Juni,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig mit Sonnenschein, warm bei Gewitter-
neigung.

* [Erzbischofsreise.] Herr Erzbischof Dr. Stab-
lewski aus Polen ist gestern zum Besuch des Herrn
Bischofs Dr. Redner in Pelpin eingetroffen. Von
dort begiebt er sich nach Frauenburg zum Besuch
des dortigen Bischofs Dr. Thiel und dann nach
Teskitten, wo bekanntlich Bischof Adalbert bei
der Bekehrung der heidnischen Preußen den
Märtyrertod erlitt.

* [Reise des Landwirthschafts-Ministers.]
Der Herr Landwirthschafts-Minister Freiherr
v. Hammerstein, begleitet vom Oberlandforst-
meister v. Donner, Landforstmeister v. d. Borne,
Oberforstmeister Benck und Regierungs- und
Forststrath Jeschke, fuhr am Sonntag Nachmittag
gleich nach der Ankunft in Luchel von dort per
Wagen über Plashau, Solombek, Försterei
Kelpinerbrück, durch den Ohoniner Wald bis zur
Rieselei bei Heilsfleß. Bei Herrn Oberförster
Born in Woywoda wurde eine halbe
Stunde Rast gemacht und es erfolgte als-
dann die Rückfahrt nach Luchel. Gestern
früh 7 Uhr erfolgte die Weiterfahrt nach der Ober-
försterei Schwiedel und von dort nach der Ober-
försterei Lindenbusch, wo die Herren Oberförster
Abesser und Forstmeister Frieze die Führung
übernahmen. Heute wird von Gernwin aus die
Forstinpection fortgesetzt und dann beginnt von
Elbing aus die Bereisung des Rogalgebietes und
der dortigen Deichanlagen.

* [Regierungspräsident v. Holwede] hat sich
zur Begleitung des Herrn Landwirthschafts-
ministers bei der Bereisung des Elbinger und
Marienburger Kreises bezw. der Besichtigung des
neuen Landgebiets in Dr. Stargard heute eben-
falls nach Elbing und Stargard begeben und
wird von da am Donnerstag Abend zurück-
kehren.

* [Eine Art Marine-Jubiläum]. Bei dem Danzig wesentlich interessiert ist, hätte man in voriger Woche begehren können. Am 27. Mai waren nämlich 50 Jahre verflossen seit der Ernennung des ersten Geodäzisten. Man ist, so schreibt die „Arenaz“, vielfach verführt gewesen, vom 27. Mai 1847 an überhaupt die Gründung der preussischen Marine aus ihr hervorgegangenen deutschen Marine zu rechnen. Indessen hat man hiervon wohl mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß um diese Zeit von einer „Marine“ überhaupt noch nicht gesprochen werden konnte, weil außer der zur Ausbildung der Navigationschüler in Danzig dienenden, später an der niederländischen Küste mit Mann und Maus untergegangenen Corvette „Amazone“ — dem ersten Kriegsschiff der preussischen Marine — kein Kriegsschiff vorhanden war. Da man für die „Amazone“, die trotz ihrer geringen Eignung als Kriegsschiff rühmliche Seereisen in ferne Welttheile gemacht hat, Offiziere brachte, so ernannte Adolph Friedrich Wilhelm IV. auf Antrag des Kriegsministers durch Cabinetsordre vom 27. Mai 1847 drei Offiziere, Jachmann, Schirmacher und Hermann, und ordnete zugleich deren Anciennetät in der Weise, daß Jachmann ein Patent vom 27. Mai, Schirmacher ein solches vom 28. und Hermann vom 29. Mai erhielt. Alle drei wurden zu Lieutenants der Marine mit dem Range eines „Premier-Lieutenants der Armee“ ernannt. Die Cabinetsordre hat folgenden Wortlaut: „Auf Ihren Antrag vom 26. April d. J. ernenne ich den Ewald Karl Emanuel Jachmann, den Arthur Schirmacher und den Robert Benjamin Hermann zu Second-Lieutenants der Marine mit dem Range von Premier-Lieutenants in der Armee und verleihe Sie, den Kriegsminister, die entsprechenden Patente auszufertigen.“

Jachmann, der spätere Vice-Admiral und rühmliche Führer der preussischen Armada in dem Seegefecht gegen die Dänen bei Jasmund im Jahre 1864, war demnach längere Zeit Ober-Verkehrsdirector in Danzig, bis er Ende 1859 als Commandant der Segelregate „Thetis“ mit der ersten preussischen Expedition nach Ostasien ging. Lieutenant Hermann, ein sehr beliebter Geodäzist, der auch längere Zeit als Navigationsdirector bei der Werft in Danzig wirkte, fand als Commandant der „Amazone“ bei dem Untergang derselben den Tod im Meere.

* [Provinzial-Ausschuss]. Unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsraths Döhring fand heute Vormittag im kleinen Saale des Landeshauptmanns eine Sitzung des Provinzial-Ausschusses statt, in der außer den geschäftlichen Mittheilungen des Herrn Landeshauptmanns vornehmlich über Vertheilung der Beihilfen aus dem Meliorationsfonds berathen wurde. Als Mitglied des Provinzial-Ausschusses wohnte Herr Oberbürgermeister Eblitz-Elbing nach längerer Krankheit der heutigen Sitzung wieder bei. Auch Herr Oberpräsident v. Götze war anwesend, da er der heutigen Sitzung wegen seiner Reise nach Elbing bzw. Marienburg zu heute Abend verschoben hatte. Um 5 Uhr Nachmittag vereinigten sich die Mitglieder des Provinzial-Ausschusses zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen.

* [Staatliche Fortbildungs- und Gewerkschule]. Das von den hiesigen städtischen Behörden errichtete neue städtische Fortbildungsschulgebäude, dessen Bau und Einrichtung wir bereits Ende März besprochen haben, soll nun am Sonnabend, den 5. Juni, Mittags 12 Uhr, seiner Bestimmung feierlich übergeben werden, nachdem dasselbe schon einige Wochen für Unterrichtszwecke theilweise in Benutzung ist. Der ursprünglich zu der schon seit einiger Zeit in Aussicht genommenen Feier erwartete Ministerial-Commissar Herr Geheimrath Ober-Regierungs-Rath Lüders ist inzwischen in ein anderes Decernat versetzt und dessen Nachfolger Hr. Geh. Regierungsrath Simon hat telegraphisch mitgetheilt, daß er der Feier nicht beiwohnen könne. An derselben werden daher nur Vertreter des Magistrats, das Curatorium der Fortbildungsschule und die von diesem eingeladenen Gäste Theil nehmen. Die Feier selbst findet in dem festlich geschmückten Raume des neuen Schulgebäudes statt. Eingeladen sind zu derselben u. a. die Herren Oberpräsident v. Götze, Regierungspräsident v. Holweide, Regierungsrath Meißner v. Wilkau, Ober-Verkehrsdirector Capitän J. S. v. Mietersheim, Schiffbau-Director Lopp, der Vorstand des Innungs-Ausschusses sowie die Herren Besitzer größerer industrieller Unternehmungen. Herr Oberbürgermeister Delbrück, der auch an der Spitze des Schul-Curatoriums als dessen Vorsitzender steht, wird mit einer Ansprache das neue Bauwerk dem Director der Fortbildungsschule, Herrn Ruhnau, übergeben. Letzterer wird mit der Feier eine Ausstellung von Schülerarbeiten verbinden.

* [Verkaufung einjähriger Rückfahrkarten nach Oliva und Zoppot]. Die einjährigen Sonntags-Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse zum einfachen Fahrpreise von Danzig Hauptbahnhof nach Oliva und Zoppot werden vom 5. Juni d. J. ab bis einschließlich den 30. September d. J. auch an jedem Sonnabend zur Ausgabe gelangen.

* [Elektrische Bahn nach Neufahrwasser]. Für die schon mehrfach erwähnte, von hier wie von Neufahrwasser aus lebhaft angestrebte elektrische Bahnverbindung zwischen Danzig, Neufahrwasser und Bröjen ist jetzt, wie wir hören, durch die Rheinbahn-Aktiengesellschaft zu Dresden ein abgeändertes bzw. erweitertes Project der königl. Regierung eingereicht worden. Nach demselben soll die zu erbauende elektrische Straßenbahn vom Wiedenplatz aus durch die Fleischer-, Kettlerhagergasse, Poststraße, Ziegengasse, Heiligegeist-, Goldschmiede-, Scheibennittergasse, bei der Markthalle vorbei durch den Altstädtischen Graben, die Schmiedegasse, Pfefferstadt, die neue Verlängerungstraße, bei dem städtischen Lazareth vorbei, die neue Straße hinterm Lazareth passieren, dann bei der Schichau'schen Werft vorbei nach Neufahrwasser bzw. Bröjen ihren Weg nehmen. Außer zwei Wagen, die die neue Bahn stets mit sich führen wird, welche Platz für 50 Personen haben sollen, ist auch ein Anhang für Waarenbeförderung vorgesehen.

* [Verband der Ritter des Eisernen Kreuzes]. In der neulichen Hauptversammlung wurde zunächst ein von Herrn General v. Reibnitz mitunterzeichnetes Rundschreiben an sämtliche Kameraden zur Vorlesung gebracht, in welchem dieselben zum festen Anschluß beim Wiederanschluß an den Verband kameradschaftlich aufgefordert werden. Das Rundschreiben soll gedruckt werden und demnach zur Verlesung kommen. An Stelle des nach Saalfeld verstorbenen Herrn Witkowski

wurde Herr Lange als Verbandskassirer gewählt. Das frühere Verhältniß, nach welchem Verbands- und Vereins-Bestand getrennt waren, soll wieder hergestellt werden. Der Vorsitzende Herr Hein machte hierauf den Vorschlag, die Einladungen zu den Haupt-Veranstaltungen nicht mehr, wie bisher, durch besonderes Schreiben, sondern fortan lediglich durch Annoncen und zwar in der „Danziger Zeitung“, „Danz. Neuesten Nachrichten“ und „Danziger Allgem. Zeitung“ ergehen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Ein neues Verbandsorgan ist in dem von Herrn Major Schiebert-Berlin geleitetem dirigierten Sonntagsblatt „Unser Heim, Wochenblatt für Deutschlands Krieger“, gewonnen.

* [Danziger Bürgerverein]. In der gestrigen Generalversammlung wurde zunächst der Bericht über die Bibliothek und die Kasse, welche letztere einen Bestand von 366 Mh. aufweist, erstattet und dann beschloffen, das diesjährige Sommervergnügen in Sagoritz abzuhalten. Herr Brunzen berichtete hierauf über die drei letzten Sitzungen der Stadtverordneten. Er meinte, das Wallterrain biete einen geeigneten Platz für die Anlage einer Badeanstalt in großem Umfang, welche zugleich ein Schwimmbassin enthalten müsse. Eine derartige Anlage würde sich für die Stadt lucratisch gestalten. Bei der Verpachtung des Seestrandes bei Heubude sei eine interessante Debatte entstanden, welche eigenthümliche Schlaglichter auf die Verhältnisse unserer Stadtverwaltung werfe. Uebrigens müsse er anerkennen, daß für die Vergebung des Strandes an Manteuffel Gründe vorhanden gewesen seien, welche jeder billig denkende Mensch anerkennen müsse. Wenn übrigens Hr. Stadtv. Klein ausgerechnet habe, daß bei einem Preis von 10 Pf. die Pacht durch die Badebills kaum herausgebracht werden könne, so sei diese Berechnung deshalb nicht zutreffend, weil der Hauptverdienst in der Restauration der Strandhalle liege. Schließlich erwähnte der Redner noch die Interpellation des Stadtverordneten Schmidt über die Regelung des Markthallenverkehrs und meinte, daß es sich mit der Zeit herausgestellt habe, daß die Marktverhältnisse sich doch nicht so rasch ändern würden, als man damals vor der Errichtung der Markthalle angenommen habe. Redner konnte sich nicht enthalten, auch hier wieder die Bemerkung zu machen, daß die Stadtgeschäfte in den letzten Decennien nur von einer kleinen Anzahl von Leuten geführt worden seien, von denen man nicht sagen könne, daß sie immer das Interesse der Allgemeinheit im Auge gehabt hätten. — Herr Dr. Lehmann kam dann auf den nach seiner Meinung gefährlichen Betrieb der elektrischen Straßenbahn zurück und meinte, wir könnten es uns nicht gefallen lassen, daß unseren Angehörigen die Anochen im Seibe gefahren würden. Jetzt werde ja in den Straßen etwas langsamer gefahren, und das sei wohl auf seine Ausführungen in der Stadtverordnetenversammlung zurückzuführen. — Herr Seidel machte dagegen aufmerksam, daß bei vielen Unfällen die Straßenbahn kein Verthelben treffe. Wollte man von ihr verlangen, daß sie langsamer fahren solle, so müsse das auch von den Radlern gefordert werden, die noch schneller fahren.

Es berichtete nunmehr der Vertreter der Firma Schuckert u. Co. in Nürnberg, Herr Bartels, über den Bau einer elektrischen Centrale. Derselbe erklärte, daß seine Firma schon vor längerer Zeit an den Magistrat einen Antrag gestellt habe, welcher dahin ging, daß die Firma auf ihre Kosten eine elektrische Centrale in unserer Stadt errichten wolle. Der Magistrat solle die Oberaufsicht führen, das Baukostenrecht erhalten und 10 Proc. vom Bruttogewinn erhalten. Auf dieses günstige Anerbieten sei keine Antwort erfolgt, und er wisse nicht, ob die Sache den Stadträthen unterbreitet worden sei. Der Redner ging nun auf die beabsichtigte Vergebung des Baues der elektrischen Anlage an die Firma Siemens und Halske über und meinte, die Begründung des Magistrats-Antrages sei nicht ganz einwandfrei und eine direkte Bevorzugung der Firma Siemens u. Halske sei leicht nachzuweisen. So sei z. B. dieser Firma freihändig die Herstellung der elektrischen Lichtanlage im Schlachthause gegeben worden, obgleich seine Firma sich wohl 20mal um die Ausführung beworben und sich bereit erklärt habe, ein Project für die Baubedingungen zu entwerfen. Bei der Fortbildungsschule sei eine Concurrenz für die Beleuchtungsarbeiten ausgeschrieben worden. Während Siemens u. Halske die Zeichnung schon 6 Monate vor der Ausschreibung in den Händen gehabt hätten, seien den concurrenzierenden Firmen die Pläne erst 14 Tage vor Abgabe der Offerte zugänglich gemacht worden. Siemens u. Halske seien damals mit 7800 Mh. die Mindestfordernden geblieben. Uebrigens seien, wie er gehört habe, 11500 Mh. für die Anlage bewilligt worden. Es sei aber auch leicht billig zu sein, wenn man den Ewigenantheil der Lieferung, die Dynamos u. s. w. bereits erhalten habe. Die Objecte, welche Siemens u. Halske freihändig übertragen worden seien, hätten einen Werth von über 60 000 Mh. Herr Oberbürgermeister Delbrück habe sehr scharf gegen die Behauptung protestirt, daß der Magistrat mit der Firma Siemens u. Halske Fühlung gehabt habe, sein Vortrags sei nicht groß genug, um einen anderen Ausdruck als Fühlung zu finden, es sei doch jedenfalls nicht denkbar, daß der Geschäftsführer der Firma Siemens u. Halske, welcher lange Zeit mit dem Magistrat in Verbindung gestanden habe, keine Fühlung genommen haben sollte. Der Redner ging dann auf die Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung näher ein. Es wäre ein Act der Gerechtigkeit gewesen, wenn die drei als gleich leistungsfähig anerkannten Firmen doch einmal zur Submission aufgefordert wären. Jetzt würde der Bau wiederum vollständig freihändig vergeben, während bei einer neuen Ausschreibung die Stadt vielleicht bedeutende Mittel erspart haben würde. Nachdem die Anwesenden durch Erheben von ihren Plätzen dem Vortragenden ihren Dank ausgesprochen hatten, entspann sich über den Vortrag eine Debatte, welche sich bis gegen Mitternacht ausdehnte. Herr Schmidt hielt es für eine gerechtfertigte Forderung, daß der richtige Preis für die Anlage festgestellt würde und daß man für eine neue Ausführung vielleicht 100 000 Mh. hätte ersparen können. Herr Brunzen hat bei der Debatte das Gefühl gehabt, daß die zukünftige elektrische Beleuchtung recht nöthig sei, weil in unserer communalen Verwaltung recht viel Dunkelheit noch sei. Wenn man jetzt auch mit Engelszungen redet, so vermöchte doch niemand an der einmal gefassten Meinung etwas zu ändern. Ueber die Gründe für die Vergebung der Arbeit an Siemens u. Halske müsse man die Hände über dem Kopf zusammen schlagen. Das einzige Mittel, Abhilfe zu schaffen, läge darin, daß man die Stadtverordneten nicht wieder wähle. Herr Klotz bewies, daß das Bedürfnis für Errichtung einer elektrischen Centrale überhaupt vorhanden sei. Es sei eine fast, als ob jeder Bürgermeister seinen Namen durch einen großen Bau auf die Nachwelt bringen wolle. So habe v. Winter die Marienburg-Markhafer Bahn und die Wasserleitung, Dr. Baumbach die Markthalle in's Leben gerufen und Delbrück habe es jetzt mit der elektrischen Centrale zu versuchen. Aber um Monumentalbauten für die regierenden Bürgermeister zu bauen, dazu sei unser Geld zu schade. Herr Cepp hält die Anlage für ein dringendes Bedürfnis, denn nur durch eine elektrische Centrale könne den Handwerkern eine billige und brauchbare Betriebskraft geliefert werden. Herr

Der genannte Herr Berichterstatter des Bürgervereins scheint dieser Debatte doch nicht mit großer Aufmerksamkeit gefolgt zu sein, sonst hätte er hören müssen, daß sowohl Hr. Stadtv. Klein als auch Herr Schmidt, Muscate gerade darauf hingewiesen haben, daß sie fürchteten, den Hauptantheil an der Pacht werde die Restauration aufbringen müssen, und daß sie hier einen aufbringlichen Restaurationsbetrieb möglich vermeiden wissen wollten.

Brunzen stellte eine Resolution zur Abstimmung, in welcher an den Magistrat das Ersuchen gerichtet wird, von der Vergebung des Baues an die Firma Siemens u. Halske abzugeben und eine neue Ausschreibung zu veranstalten. Herr Bisse war der Ansicht, daß die Resolution ein Schlag in's Wasser sei. Er bedauert lebhaft, daß er von der Offerte der Firma Schuckert nichts gemerkt habe, denn diese Offerte würde nach seiner Ansicht für die Stadt Vortheil gehabt haben. Herr Brunzen war dagegen der Ansicht, daß die Resolution nützlich sei, auch wenn dieselbe keinen momentanen Erfolg habe. Die Resolution würde ein Document sein, daß der Bürgerverein zur rechten Zeit seine Pflicht und Schuldigkeit gethan habe. Aus der Verammlung wurde nun darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein auf mehrere Eingaben bis jetzt noch keine Antwort erhalten habe und daß die Verammlung unwürdig handle, wenn sie dem Magistrat wiederum ein Schriftstück überreichte. Hr. Schmidt erklärte dann, daß der Vorstand ernstlich daran gehen müsse, zu erwägen, in welcher Weise es erreicht werden könne, daß der Magistrat eine Antwort geben müsse. Es empfehle sich, daß die Verammlung einige Herren beauftrage, die Resolution persönlich zu überreichen, um auf diese Weise eine Antwort zu erzielen. Schließlich wurde die Resolution in der Form angenommen, daß an den Magistrat das dringende Ersuchen gerichtet wird, von einer Vergebung an Siemens u. Halske abzugeben und zwischen den drei als gleichwerthig anerkannten Firmen auf gleicher Grundlage eine engere Auswahl zu treffen.

* [Der hiesige Reiner-Berein] hielt am 31. Mai seine Monatsversammlung ab. Der Bericht des Bureauverwalters ergab, daß am 1. d. Stellen an Mitgliedern 2, an Nichtmitgliedern 7, an einen Koch 1, zusammen 10, an Lohnarbeiten an Mitglieder 78, an Nichtmitglieder 87, zusammen 165 in dem Zeitraum vom 4. bis 31. Mai vergeben sind. Ein Mitglied wurde aufgenommen. Wegen der rückständigen Zahlung von Beiträgen mußten leider einige Mitglieder ausgeschlossen werden.

sch. [Provinzial-Berein für innere Mission.] Bei der Jahresversammlung in Graudenz ist am 16. Juni, Nachmittags 2½ Uhr, Sitzung der Synodalvertreter und der Mitglieder des Vereins. Der Festgottesdienst beginnt um 5 Uhr. Herr Consistorialrath Lic. Dr. Gröbeler hält die Predigt. Beim Familienabend werden Ansprachen gehalten über „das Haus im Lichte der inneren Mission“, und zwar spricht Herr General-Superintendent D. Döblin über die Hauseltern, Herr Pfarrer Schaffen-Danzig über die Jugend im Hause, Herr Superintendent Böhm-Marienwerder über die Hausgenossen und Herr Superintendent Karmann-Schwab über die Arbeit und ihr Segen. Die Morgenandacht am 17. Juni hält Herr Pfarrer Erdmann-Graudenz. Es folgt eine Besichtigung des Diakonissenheims und der Haushaltungsschule. Um 10 Uhr findet die Generalversammlung in der Aula des Gymnasiums statt. Dabei erstattet Herr Consistorial-Präsident Meyer den Jahresbericht. Den Hauptvortrag hält Herr Director Bauer-Niesch über „die Mitarbeit der Gebildeten bei der inneren Mission“. Alle Verammlungen, mit Ausnahme der Sitzung am 16. Juni um 2½ Uhr, sind für Männer und Frauen öffentlich. An der Spitze des Orts-Ausschusses in Graudenz steht Herr Pfarrer Ebel.

* [Deutscher Bäckerverband.] Der Unterverband Westpreußen des deutschen Bäckerverbandes hält seine Versammlung am 10. Juli in Culm ab. Der bisherige Vorsitzende, Herr Obermeister Schuber in Danzig, hat sein Amt niedergelegt.

* [Zum Urlaub zurück.] Herr Regierungs- und Gemeinderath Trilling ist von dem zweimonatigen Erholungs-Urlaub, den er in einem Bade verbracht hat, wieder zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte bei der hiesigen Regierung wieder übernommen.

* [Abgang.] Die Ernennung des Herrn Verwalters-directors Döhring hier selbst zum Oberregierungs-rath bei der Ministerial-, Militär- und Bauministerial-Commission wird heute halbamtlich in der „Berliner Ministerial-Corresp.“ publicirt. Herr Oberregierungs-rath Döhring ist bekanntlich Vorsitzender des hiesigen Kriegervereins „Borussia“. Dieser Verein hat zu Ehren des Schiedenden zu heute Abend im Restaurant Franke einen Abschieds-appell veranstaltet. Bei demselben soll, wie verlautet, Herr Döhring zum Ehrenmitglied des bisher von ihm vertrieben geleiteten Vereins ernannt werden.

* [Verurtheilung-Strafhammer.] In der gestrigen Sitzung war die Hausbesitzerin Frau Anna Müller, geb. Groffe, wegen Diebstahls angeklagt, nachdem sie gegen ein sie deshalb zu drei Jahren Gefängnis verurtheilendes Erkenntniß des hiesigen Schöffengerichts Berufung eingelegt hatte. Gegen die Frau M. wurde bekanntlich vor einiger Zeit vor dem Schöffengericht ein Brandstiftungs-Proceß wegen des bekannten Feuers in dem Hause Zischergasse Nr. 57 verhandelt, der mit ihrer Freisprechung endete. Dieser Proceß kam gestern mehrfach zur Erwähnung, denn bei dem Feuer sollte es sich herausgestellt haben, daß Frau M. einer Nachbarin, der Hauptbelastungszeugin vor dem Schöffengericht, ein Umhängtuch gestohlen hatte. Das Schöffengericht hatte der Zeugin geglaubt und die Angeklagte verurtheilt. Die Vertheidigung der Angeklagten griff nun auf Grund verschiedener Vorkommnisse in der damaligen Schöffengerichts-Verhandlung, in der die Zeugin ihre belastende Aussage in mehreren Punkten einschränken mußte, die Angaben der Zeugin an. Der Gerichtshof hielt nach der heutigen Beweisaufnahme die Sache nicht für aufgeklärt und erkannte auf Freisprechung.

* [Ueberfahren.] Heute Vormittag 10½ Uhr wurde die schwerhörige 74jährige Frau Rentiere Florentine Senfel, wohnhaft Zischergasse Nr. 44, von einem Petroleum-Wagen der Königsberger Handels-Compagnie, welcher ziemlich rasch vom 2. Damm in den unteren Theil der Breitgasse einbog, hier überfahren und demnach am rechten Fuße verletzt, daß sie per Droschke in ihre Wohnung gebracht werden mußte. Herr Kreisphysicus Dr. Sieger leistete ihr sofort den ersten ärztlichen Beistand.

* [Leichenfund.] Wie wir vor längerer Zeit mittheilten, ging ein mit drei Stauermeistern besetztes Boot zu Anfang des Frühjahrs auf der Rhede von Neufahrwasser unter. Von den drei dabei ertrunkenen Insassen wurde der Stauermeister Bürger kürzlich aufgefunden und beerdigt. Heute früh fand man am Strande bei Heubude wiederum eine Leiche angeschwemmt, die sofort geborgen wurde. Dieselbe ist schon sehr entstellt, man vermuthet in derselben einen zweiten Insassen des verunglückten Bootes.

r. [Probelectionen.] Sechs Lehrer aus anderen Orten Westpreußens hielten heute von 9 Uhr ab in der Schule am Petrikirchhofe vor Mitgliedern der Schuldeputation Probelectionen, um eventuell Anstellung im Danziger Schuldienste zu finden.

* [Warnung.] Wie uns mitgetheilt wird, treibt hier augenblicklich eine Schwindlerin ihr Wesen, die bereits mehrfach hiesige Familien geschädigt hat. Sie hat sich unter dem Namen Käthe Reumann verschiedentlich als Dienstmädchen vermiethet und ist dann unter Verübung von allerlei Diebstählen verschwunden. Sie ist etwa 20 Jahre alt, schlank, hat blonde Haare und blaue Augen und hat ein ganz sicheres Auftreten.

* [Diebstähle.] Von der hiesigen Criminal-Polizei wurden gestern das Dienstmädchen Anna W. und der Arbeiter Friedrich K. sowie der Kellner Gustav W. wegen Diebstahls verhaftet. Die erstere soll ihrer Dienstherrschaft verschiedene Kleider entwendet haben; die beiden anderen haben aus einer Herberge am Holmarkt Nahrungsmittel gestohlen.

* [Neue Thurmuh.] In dem neuen von Herrn Zimmermeister Leopold Hoffmann in der Straße „hinterm Lazareth“ erbauten städtischen Wohn- und Geschäftshause des Herrn Kaufmanns Louis Groß ist eine den die Straße maßstabsmäßig passenden Beamten und Arbeitern recht angenehme Einrichtung getroffen worden. In dem schmalen Thürmchen dieses Hauses ist nämlich eine weit sichtbare Uhr angebracht worden, die den besonderen Vorzug hat, daß sie deutlich zeigt, richtig geht und stets mit der Uhr der kaiserl. Werst übereinstimmt.

Aus den Provinzen.

-ws- Langenau (b. Prast). 31. Mai. Gestern unternehmen der Arbeiter L. und der Schuhmacher S., beide aus Rosenberg, einen gemeinsamen Spaziergang nach Schönwarling, wo sie bald in Folge des allzu reichlich genossenen Branntweins in Siret gerieten und L. den S. am Kopfe verwundete. Mit ihrer Rückkehr nach Rosenberg schien der Streit beendet zu sein, denn sie gingen ruhig nach ihren Wohnungen. Aber bald kam S. mit einer Axt zu L., welcher die Thüre verschloffen hatte. S. zertrümmerte in seiner Wuth Fenster und Thüre und stürzte sich mit schwingender Axt auf L. Dieser ergriff eine im Hausflur stehende Stange und führte damit einen Stoß nach dem Kopfe des Angreifers, wobei ein Stücken in das Gehirn einbrach, worauf er dem S. angeblich noch einige Schläge mit dem Forkenstiel versetzt haben soll. Nach wenigen Minuten war S. eine Leiche. L. wurde verhaftet.

Pr. Stargard, 31. Mai. Am 10. Juni findet hier bekanntlich die Nachwahl eines Landtags-Abgeordneten statt, da die frühere Wahl des Dr. Wolslegier wegen eines eigenartigen Vorganges (Bornahme von Wahlmänner-Ersatzwahlen an Stelle beanstandeter, aber nicht formell kassirter erster Wahlen) vom Abgeordnetenhaufe bekanntlich für ungültig erklärt ist. In conservativen Blättern bezeichnet man täglich als alleinigen „Candidaten aller Deutschen“ für den 10. Juni Herrn Arndt-Garlschin. Wo mögen wohl die conservativen Organe die Legitimation herhaben, eine solche Parole „namens aller Deutschen“ schon jetzt zu erlassen? Bekanntlich findet die darüber entscheidende Versammlung der deutschen Wahlmänner erst am 5. Juni in Dirschau statt. Allerdings halten sich bei der vorigen Wahl die deutschen Wahlmänner auf die Candidatur des Herrn Arndt vereinigt und man beabsichtigt auch diesmal ein gefollossenes Vorgehen derselben anzubahnen, wobei ja dieselbe Candidatur vielleicht im Vordergrund stehen wird. Ob dazu aber der oberordnungsrechtliche Versuch auf conservativer Seite sehr förderlich ist, erscheint uns doch etwas zweifelhaft.

Thorn, 31. Mai. Ueber einen Grenzvorfall bei Schillno mirbfolgendes berichtet: Verschiedene Personen aus Bromberg, Forbon und Schulth hatten gestern Nachmittag auf einem Dampfer einen Ausflug nach der Grenze bei Schillno unternommen. Dort wurde an's Ufer gegangen und wie üblich der Grenze ein Besuch abgestattet, um die russischen Grenzposten kennen zu lernen. Der Posten, dem natürlich wie immer Tabak und Geld zugebracht war, daß durch Zeichen, über die Grenze zu kommen, was auch 4 Herren und 2 Frauen thaten. Kaum war dies geschehen, da arretirte der Soldat diese Gesellschaft und führte sie nach dem Cordon. Einem der Herren gelang die Flucht und er kam glücklich auf deutschem Gebiete wieder an. Nach Feststellung der Personalien auf dem Cordon wurde nach Warschau um Verhaltungsmassregeln telegraphirt; von dort kam der Befehl, die Leute nach Hinterlegung einer Geldstrafe in Höhe von 15 Mh. freizulassen. Die Festgenommenen erreichten nun den Anfluß an den Dampfer nicht mehr und mußten bis Thorn zu Fuß wandern.

Maldeuten, 31. Mai. Am Sonnabend früh wurde auf dem hiesigen Bahnhof eine fremde Frau zwischen den Geleisen todt aufgefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieselbe von dem Personenzug Nr. 709, der von Marienburg kommend in Maldeuten am 10. Uhr 22 Min. Nachts eintrifft, überfahren worden.

hh- Bütow, 30. Mai. Vor einiger Zeit wurden von der Stadtverordnetenversammlung die Herren Stadtverordnetenvorsitzer Rudolf Gube und Stadtverordneter Louis Müller als Mitglieder der Schuldeputation gewählt, welche Wahl der regierungsseitigen Befestigung bekanntlich unterliegt. Herrn Brauermeister Gube, einer hier und weit über die Stadtgrenzen hinaus hochgeachteten Persönlichkeit, hat die Regierung die Befestigung verweigert. Die Stadtverordnetenversammlung wählte nun in ihrer letzten Sitzung Herrn Rudolf Gube einstimmig wieder als Schuldeputationsmitglied. Herr G. steht in seiner politischen Anschauung, aus der er nie ein Fehl gemacht hat, entschieden auf Seiten der Liberalen. Ob damit seine Nichtbefestigung zusammenhängt, weiß man allerdings nicht, da Gründe für die letztere nicht angegeben sind.

v Bromberg, 31. Mai. Gestern Nachmittag fand hier selbst auf der Rennbahn das dritte diesjährige Radwettkahren statt. Dasselbe hatte der Verein für Radwettkahren veranstaltet. Es wurden sechs Rennen gemacht. Bei dem dritten Rennen — einem Niederbauptfahren — führte in Folge Desfectwerdens der Pneumatic der Maschine der Radfahrer D. Friele-Rönigsberg und zog sich eine recht bedeutende Verletzung am Schienbein zu, so daß der Arzt in Function treten mußte. Drei andere Fahrer kamen ebenfalls zu Fall, ohne sich jedoch besonderen Schaden zuzufügen. Sportsgenossen waren erschienen aus Berlin, Breslau, Königsberg, Danzig, Marienwerder, Thorn etc., ja einer sogar aus Kopenhagen — Herr Hansen —, der bei mehreren Rennen Preise einheimisch.

Bermischtes.

Die Wette eines Millionärs.

Der bekannte amerikanische Arosus William Waldorf Astor, der sich zur Zeit in England aufhält, hat neulich bei einem Dinner in London eine interessante Wette abgeschlossen, deren Austragung man jetzt in jenen Kreisen mit Spannung entgegenfieht. Folgendes ist der Gegenstand derselben: Das Gespräch der Tischgesellschaft berührte zufällig die californischen Riesen-Rothholzbäume, und Mr. Astor erging sich in lebhaften Schilderungen von den gigantischen Dimensionen derselben. Verschiedene Gäste gaben ihm zu verstehen, daß sie seine Behauptungen für „amerikanischen Aufschnitt“ hielten, und Astor bot ihnen darauf eine Wette dahin an, daß er einen Querschnitt eines solchen Baumes beibringen werde, der groß genug sein solle, um alle anwesenden Gäste, vierzig an der Zahl, daran zu placiren. Die Wette wurde angenommen, und Astor hat sich ihre Ausführung bereits angeeignet sein lassen. Wie nämlich aus San Francisco gehandelt wird, hat dort das deutsche, nach London gehende Schiff „Maria Hachfeld“ einen an William Waldorf Astor in London adressirten Querschnitt eines californischen Rothholzbäumchen verladen, welcher 14 Fuß 4 Zoll im Durchmesser mißt! Er wurde von einem der vielen Riesenbäume in den Urwäldern der Humboldt-Grasfahle in Californien gewonnen und dürfte, wenn er wohlbehalten in London anlangt, nicht nur die Wette zu Gunsten Astors entscheiden, sondern zugleich eine der interessantesten Schemen-

